

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
<u>Beratende Gremien:</u>		

**Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
betr. Versorgung von asylsuchenden bzw. geflüchteten Menschen
mit Wohnraum in Marburg und Unterstützung ihrer Integration
durch angemessene Maßnahmen**

Der Magistrat wird gebeten die folgenden Fragen zur Unterbringung und Integration von geflüchteten Menschen in Marburg zu beantworten:

1. Wie viele geflüchtete bzw. asylsuchende Menschen hat die Stadt Marburg seit 2015 bis einschließlich Oktober 2022 aufgenommen?
2. Wie viele davon waren unbegleitete Minderjährige, Einzelpersonen (m/w/d), Alleinerziehende mit Kindern, Paare, Familien mit Kindern, Menschen mit körperlichen, seelischen oder anderen Beeinträchtigungen und aus welchen Herkunftsländern kommen sie?
3. Über welchen Status verfügen die aufgenommenen Personen (Stichdatum 31.10.22): anerkannte Flüchtlinge, dauerhafte oder befristete Duldung mit bzw. ohne Arbeitserlaubnis, drohende Abschiebung?
4. Welche Unterbringungsmöglichkeiten für geflüchtete bzw. asylsuchende Menschen hat die Stadt Marburg (eigene Unterkünfte, Belegungsmöglichkeiten bei Wohnbaugesellschaften, etc.)?
5. Wie viele und wie lange wohnen die geflüchteten bzw. asylsuchenden Personen durchschnittlich in Sammelunterkünften. (Aktueller Stand der Belegung in Sammelunterkünften)?
6. Wie viele der geflüchteten bzw. asylsuchenden Personen haben eine eigene Wohnung bekommen a) bei einem sozialen Wohnbauträger und in welchen Stadtteilen, b) auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt und in welchen Stadtteilen?

7. Gibt es spezielle Unterbringungsmöglichkeiten für Frauen und vulnerable Menschen?
8. Gibt es in Marburg Wohnungseigentum des Bundes, das für geflüchtete Menschen genutzt wird bzw. genutzt werden könnte?
9. Leben geflüchtete Menschen auch in Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenhäusern oder anderen Formen gemeinschaftlichen Wohnens?
10. Ist die Vergabe/Vermittlung einer Wohnung für geflüchtete Menschen abhängig vom jeweiligen Status (Anerkennung als Asylsuchende, Duldung, etc.)?
11. Wie viele Kinder der geflüchteten Menschen besuchen eine Kindertagesstätte in Marburg? (Stichdatum 31.10.2022)
12. Wie viele eine Schule? (Stichdatum 31.10.2022)
13. Welche besonderen bzw. integrativen Freizeitangebote gibt es für geflüchtete Kinder- und Jugendliche derzeit?
14. Wo, wie und durch wen werden – neben den Schulen - Möglichkeiten zum Spracherwerb für Kinder und Ihre Eltern besonders auch für Ihre Mütter angeboten?
15. Gibt es eine Kooperation der Stadt Marburg mit der Agentur für Arbeit bezüglich der Ausbildung und Erwerbstätigkeit der in Marburg lebenden geflüchteten Menschen?
16. In welcher Weise und in welchem Umfang fördert die Stadt Maßnahmen und Projekte von Vereinen für asylsuchende und geflüchtete Menschen in den Bereichen Sport, Kultur und Freizeit?
17. Unterstützt die Stadt MentorInnen- und Patenschaftsprojekte für Geflüchtete und Asylsuchende?
18. Welche Integrationsmaßnahmen für geflüchtete Menschen gibt es in Zusammenarbeit mit dem Kreis?

Begründung:

Derzeit gibt es wieder eine große Zahl von Menschen, die aufgrund von Kriegen oder anderen lebensbedrohlichen Situationen aus der Ukraine oder anderen Ländern der Welt nach Deutschland geflohen sind und dort Hilfe suchen.

Auch die Stadt Marburg hat bisher schon einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass diese Menschen Unterkünfte bekommen, unsere Sprache erlernen können und auf Wunsch oder weil es keine andere Perspektive für sie gibt, eine längerfristige oder dauerhafte Aufenthaltsmöglichkeit bekommen.

Aber nicht nur die Politik ist aktiv, auch die Zivilgesellschaft trägt in großem Maße dazu bei, dass geflüchtete Menschen in unser soziales und gesellschaftliches Leben integriert werden. Damit dies auch weiterhin in wechselseitigem Vertrauen erfolgen kann ist es wichtig, dass Informationen über die derzeitige Situation der Geflüchteten, die weiteren Bedarfe an Wohnungen, an Unterstützungs- und Integrationsmaßnahmen u.a. transparent kommuniziert werden. Nur so können die vorhandenen Ressourcen und die verfügbare Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zu helfen und zu unterstützen den

neuen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sichtbar und zugänglich gemacht werden.

Dr. Christa Perabo

Madelaine Stahl